

# Der Rat erhöht seine Entlohnung

Der Grosse Rat verdoppelt die Gelder für die Fraktionen trotz Widerstand aus verschiedenen Lagern.

Patrick Kuoni

Aktuell erhalten die Grossratsfraktionen jährlich eine Grundentschädigung von 4000 Franken und eine Entschädigung für jedes Fraktionsmitglied von 300 Franken. Anspruch auf die Entschädigung von 300 Franken haben auch jene Mitglieder des Rates, die keiner Fraktion angehören. Das führt aktuell jährlich zu einer Entschädigung von total 56 000 Franken.

Künftig werden die Fraktionen gesamthaft mehr als doppelt so viele Gelder erhalten. Konkret wird die Fraktionsentschädigung auf neu pauschal 12000 Franken pro Jahr und Fraktion erhöht. Und die Entschädigung von 300 Franken pro Jahr und Fraktionsmitglied wird auf 500 Franken erhöht. Der Rat stimmte dem Antrag der Präsidentenkonferenz mit 67:42 Stimmen bei fünf Enthaltungen zu. Bis die Zustimmung klar war, kam es aber zu einer – aus mehreren Gründen – speziellen Debatte.

## Umfassende Diskussion gefordert

So wurde die Diskussion beispielsweise komplett auf die Eintretensdebatte verlegt. Nachdem klar war, dass der Rat auf die Vorlage eintritt, folgten keine weiteren Voten aus dem Rat. Eintreten wurde dabei hauptsächlich von der FDP bestritten. Verschiedene Mitglieder der Freisinnigen kritisierten, dass nicht das ganze Entschädigungssystem angeschaut wurde, sondern nur ein Teil davon. So



Kämpft für sein Anliegen: Remo Cavegn (CVP) will höhere Entschädigungen.

Bild: Philipp Baer

## «Mit der Erhöhung verbessern wir die Ausgangslage für die Fraktionen.»

Remo Cavegn  
CVP-Grossrat

erklärte Michael Pfäffli (Oberengadin): «Bei dieser Entschädigungsdiskussion wäre es wichtig, sich auch zu fragen, ob die Entlohnung für die Grossräte noch zeitgemäss ist oder nicht.»

Er nannte als Beispiel seine Arbeit in der parlamentarischen Untersuchungskommission (wo es um die Aufklärung rund um die Bauabsprachen geht), wo er in der internen Buchhaltung dank einer bewilligten Erhöhung auf einen Stundenlohn von 25 Franken komme. «Wenn wir nicht darüber reden, laufen wir Gefahr, dass wir Ehrenämter ha-

ben, die nur noch von Gutbetuchten ausgeübt werden.» Die FDP lehnte die Vorlage mehrheitlich als Ganzes ab.

Unterstützung fand die grosse Mehrheit der FDP auch bei der SVP, etwa bei Roman Hug (Fünf Dörfer): «Es ist eine Frage der Grundhaltung. Ich bin der Meinung, dass den Parteien nicht zu viel vergütet wird, aber es ist auch nicht so, dass wir am Hungertuch nagen.» Die Arbeit könne gut mit der heutigen Vergütungsform erledigt werden.

Und auch die GLP lehnte die Vorlage ab, wenn auch aus

einem anderen Grund als die SVP und die FDP. Sie störte sich vor allem an der noch grösser werdenden Ungerechtigkeit. Jürg Kappeler (Chur) zog ein Rechnungsbeispiel heran: «Die Entschädigungsbilanz zwischen GLP und FDP beträgt heute 900 Franken zu 14800 Franken, also Faktor 16. Mit dem neuen Berechnungssystem steige die Ungleichheit weiter an auf den Faktor 20. Ein FDP-Grossrat sei neu 830 Franken, ein GLP-Grossrat aber nur 500 Franken wert. «Geehrte Präsidentenkonferenz», so Kappeler, «treibt ihnen das nicht die Schamesröte ins Gesicht?»

## SP, BDP und CVP obsiegen

Am Ende setzten sich aber trotz der harschen Worte von Kappeler die SP gemeinsam mit der CVP und der BDP durch. «Wir würden gerne unsere Leute, die einen tollen Job im Hintergrund machen, minimal entschädigen. Es sind Leute, die Basisarbeit für die Öffentlichkeit machen.» Diese Arbeit trage zur Meinungsbildung in der Bevölkerung bei. Und Remo Cavegn (CVP, Rhäzuns) legte nach: «Die letzte Festlegung der Entschädigung erfolgte 1993 wahrscheinlich in einem etwas anderen Umfeld als heute.» Die Entschädigung sei sowohl absolut gesehen als auch im interkantonalen Vergleich höchst bescheiden. «Die Anforderungen ans Parlament sind hoch.» Dies beweise ein Blick auf die aktuelle Legislatur. «Mit der Erhöhung verbessern wir die Ausgangslage für die Fraktionen.»

## Kommentar

### Geben wir uns doch mehr Lohn!

Steigende Krankenkassenprämien, stagnierende Löhne, sinkende Renten. Ein starker Franken, der für die Wirtschaft zum Problem geworden ist. Politisch unruhige Zeiten in Europa und das Schreckgespenst eines Krieges am Horizont: Es sind keine rosigen Zeiten, in denen Bündner derzeit leben.

Dessen ungeachtet waltet das Parlament. Die Arbeitsbelastung sei untragbar. Man brauche mehr Geld, rechtfertigen die Parlamentarier ihren Hunger nach Entschädigungen: 120 000 Franken statt wie bisher 56 000 Franken für die Fraktionen.

Sachliche Gründe sprächen dafür, argumentiert die Mehrheit. Mag sein. Stossend ist aber die Art und Weise: Entschieden darüber, wie viel Steuergelder ihre eigenen Fraktionen erhalten, haben gestern einzig die Grossräte selbst. Für einmal war Sparen kein Thema im Parlament.

Das ist zwar rechtens, aber es ist von der Realität der Bevölkerung meilenweit entfernt. Es ist schamlos.



Reto Furter, Leiter Graubünden  
reto.furter@somedia.ch

## WEF-Gründer Klaus Schwab könnte Ehrenbürger werden

Die Regierung kann seiner Einbürgerung in Davos zustimmen, auch wenn Schwab nicht dort wohnt.

In der Fragestunde wollte die Trinser SP-Grossrätin Julia Müller von der Regierung wissen, ob der Kanton erwäge, Klaus Schwab, Gründer des World Economic Forums (WEF) in Davos, die Ehrenbürgerschaft zu verleihen (Ausgabe vom 21. August). Sie wollte weiter wissen, ob die Rechtsgleichheit bei einer Ehreneinbürgerung von Schwab nicht infrage gestellt sei.

In seiner Antwort erklärte der zuständige SP-Regierungsrat Peter Peyer, dass die Gemeinde Davos eine Ehrenbürgerschaft in Erwägung ziehe. Dabei würde der Kanton darüber entscheiden, ob darauf ver-

zichtet wird, dass Schwab seinen Wohnsitz nicht in Graubünden, sondern in Genf hat. Über die Einbürgerung müsste schliesslich der Bund befinden.

Peyer führte aus, dass auch Personen ohne Wohnsitz im Kanton die Ehrenbürgerschaft erteilt werden könne, wenn diese sich in besonderer Weise um die Öffentlichkeit oder das Gemeinwohl verdient gemacht hätten und die übrigen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt seien. Eine Einbürgerung auf diesem Weg sei mindestens so anspruchsvoll wie im ordentlichen Verfahren und die Gleichbehandlung somit nicht infrage gestellt.

Am Rande der Fragestunde sagte Grossrätin Müller gegenüber dieser Zeitung: «Es ist für mich fraglich, ob sich Schwab tatsächlich um das Wohl der Allgemeinheit, also um die Bündner Bevölkerung, verdient gemacht hat – oder nur um die Wirtschaft.»

Ursina Straub



Klaus Schwab  
WEF-Gründer

## Platz für die Pflege



Mitarbeitende von Spitex und Pflegeheimen sowie deren Bewohner haben sich gestern Gehör verschafft bei den Politikern. Sie sollen die Weichen stellen für die Zukunft der Pflege.

Bild: Philipp Baer



### Gestern hat der Grosse Rat:

- Ja gesagt zur baulichen Erneuerung des Plantahofs in Landquart;
- die Gemeindefusion von Chur und Maladers gutgeheissen.

### Heute wird der Grosse Rat:

- in Poschiavo den neuen Standespräsidenten Alessandro Della Vedova feiern.

### Spritzkanne

Vier Minuten. So lange dauerte die Beantwortung einer Frage von CVP-Grossrat Roland Kunfermann. Er wollte wissen, wie hoch der finanzielle Aufwand sei, um Fragen wie seine zu beantworten. Die Kosten erhebe man nicht, so die Regierung. Gott sei Dank erhalten die Politiker jetzt mehr Lohn, wenn sie selbst nachdenken!